



N i e d e r s c h r i f t
über die 33. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Medien“
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
am 28. Oktober 2020
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6914](#)

Anhörung

- Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) 3
- Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) 5
- Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) 10
- Deutschlandradio 10
- Norddeutscher Rundfunk (NDR) 13
- Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) 15
- Verband Privater Medien e. V. (VAUNET) 17

2. Personalvertretungsrechte ernst nehmen - für mehr Rechte freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7552](#)

- Mitberatung 19
- Beschluss 19

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Clemens Lammerskitten (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)
3. Abg. Dr. Alexander Saipa (SPD)
4. Abg. Andrea Schröder-Ehlers (SPD)
5. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
7. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
8. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
9. Abg. Jens Nacke (CDU)
10. Abg. Kai Seefried (CDU)
11. Abg. Lasse Weritz (CDU)
12. Abg. Christian Meyer (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Dr. Stefan Birkner (FDP)

mit beratender Stimme:

14. Abg. Christopher Emden (fraktionslos)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Regierungsdirektor Dr. Müller-Rüster.

Niederschrift:

Redakteurin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 15.30 Uhr bis 17 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6914](#)

direkt überwiesen am 01.07.2020

federführend: AfRuV

mitberatend: UAMedien

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT:

AfHuF

zuletzt beraten: 31. Sitzung am 02.09.2020

Anhörung

Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3

Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- Vorsitzender **Dr. Heinz Fischer-Heidlberger**

Dr. Heinz Fischer-Heidlberger: Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zur heutigen Anhörung. Die wesentliche Aussage unseres 22. KEF-Berichts kennen Sie bereits: Die KEF hat den Ländern im Februar dieses Jahres empfohlen, den Rundfunkbeitrag ab 2021 um 86 Cent auf 18,36 Euro anzuheben. Diese 86 Cent entsprechen in der Summe rund 1,5 Milliarden Euro. In dieser Höhe errechnet sich der ungedeckte Finanzbedarf von ARD, ZDF und Deutschlandradio in der kommenden Periode von 2021 bis 2024. Trotz der einschneidenden Entwicklungen durch die Corona-Pandemie hält die KEF an dieser Empfehlung weiterhin fest. Wir sind davon überzeugt, dass die Erhöhung um 86 Cent notwendig, aber auch ausreichend ist, um die Anstalten ausreichend zu finanzieren, damit sie ihren Auftrag erfüllen können.

Ich wünsche mir sehr, dass alle Landesparlamente unserer Empfehlung folgen und diese auch umsetzen. Denn nicht zuletzt die Nutzerzahlen in der Corona-Krise haben gezeigt, dass ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk für die Bevölkerung von äußerst großem Wert ist.

Das geltende dreistufige KEF-Verfahren ist seit Langem eingeübt. Es hat sich bewährt und führt regelmäßig zu guten Ergebnissen. Dabei ist aber

immer zu bedenken, dass wir uns in einem komplizierten rechtlichen Rahmen bewegen. Auf der einen Seite gibt es die EU-rechtlichen Vorgaben, die eine beihilferechtliche Überkompensation mit Blick auf die Anstalten verbieten, auf der anderen Seite die nationalen verfassungsrechtlichen Prämissen, insbesondere aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die eine bedarfsgerechte Finanzierung fordern.

Mit dem gegenwärtigen Verfahren einer unabhängigen und externen Bedarfsprüfung haben wir einen Mechanismus gefunden, der unbestritten den rechtlichen, aber vor allem auch den wirtschaftlichen Anforderungen entspricht. Oberster Maßstab der KEF sind Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Die Mitglieder der KEF nehmen ihre Aufgabe sehr ernst und prüfen immer sehr kritisch. Das zeigen die KEF-Berichte der vergangenen Jahre durchweg sehr deutlich. Regelmäßig erfolgen Veränderungen des angemeldeten Bedarfs in einer Größenordnung von rund 1 bis 1,5 Milliarden Euro, so auch im 22. Bericht.

So hat die KEF in der Vergangenheit beispielsweise die Überschüsse aus der Umstellung von der Gebühr auf den Rundfunkbeitrag sehr genau prognostiziert. Nur deshalb war es möglich, den Beitrag seit 2009 nicht nur stabil zu halten, sondern sogar einmalig abzusenken. Es ist ein Wert an sich, dass der Rundfunkbeitrag stabil gehalten werden konnte und die Anstalten dennoch ausreichend finanziert worden sind. Zur Erinnerung: Damals - 2009 - ist die Rundfunkgebühr von 17,03 Euro um 95 Cent auf 17,98 Euro erhöht worden. Heute liegen wir durch die Absenkung bei 17,50 Euro.

Das Besondere am Verfahren zum 22. Bericht war die parallel geführte Debatte um Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Im Wesentlichen ging es darum, eine Art Beitragsstabilität zu erreichen. Das prägt ja auch die aktuelle Diskussion in manchen Ländern. Seit 2016 haben wir eine lange und zum Teil auch quälende Diskussion, die zu Einsparungen führen sollte. Die Diskussion hat sich bald auf das KEF-Verfahren fokussiert. Es wurde über die Indexierung des Rundfunkbeitrags, die Verlängerung der Beitragsperiode und über flexiblere Budgets der Anstalten nachgedacht.

Aus dieser Diskussion möchte ich drei Erkenntnisse nennen:

Erstens. Gerade das Ergebnis des 22. Berichts macht deutlich, wie notwendig auch in Zukunft der Blick auf die aktuellen Entwicklungen für eine bedarfsgerechte Finanzierung ist. Die Zahlen widerlegen die Theorie-Diskussion zur Indexierung. Denn das Ergebnis bedeutet eine moderate Steigerung um jährlich 1,2 % und liegt damit unterhalb der allgemeinen Preissteigerung.

Zweitens. Die KEF benennt regelmäßig zusätzliche Wirtschaftlichkeits- und Einsparpotenziale und mahnt fortlaufend auch strukturelle Veränderungen an. Beispiele sind die Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung - das ist nun in der aktuellen Periode passiert -, das Sondergutachten zur IT und im 22. Bericht der übergreifende Vergleich der Vergütungsstrukturen der Anstalten. Im letzteren Fall hat das zu einer Kürzung des Aufwands um rund 60 Millionen Euro geführt. Wir wollen damit Impulse für Veränderungen bei den Anstalten geben.

Drittens. Die Anstalten selbst haben Strukturprojekte vorgelegt, die zu Einsparungen führen werden. In der nächsten Periode von 2021 bis 2024 sind das 338,3 Millionen Euro. Das sind umgerechnet auf den Beitrag rund 18,7 Cent. Man kann fragen, ob das ausreichend ist oder nicht. Das ist aber nun einmal das von den Anstalten erbrachte Ergebnis. Die KEF hat dargelegt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen sinnvoll sind, um offensichtliche Wirtschaftlichkeitspotenziale zu heben. Aber es muss klar sein: Ohne die ausgeklammerten Themenkomplexe wie das Programm oder die längerfristige Personalentwicklung wird es keine tiefgreifende kostensenkende Reform geben können.

Hierfür bräuchte es vor allem substanzielle Änderungen bei Auftrag und Struktur. Alle Anstalten, alle öffentlich-rechtlichen Programme, alle Telemedienangebote, alle Mediatheken und Apps sind durch die Landesgesetzgeber oder in Staatsverträgen der Länder gesetzlich vorgeesehen. Das ist der Auftrag. Die KEF ist bei ihrer Prüfung an den Umfang des gesetzlichen Auftrags gebunden. Sie kann also nicht sagen, die Anstalten sollen dieses oder jenes lassen. Art und Anzahl der Programme und Sender, linear wie online, sind für uns gesetzt. Auch die Strukturen wie etwa die Zahl der Rundfunkanstalten haben wir grundsätzlich hinzunehmen. Es ist die ureigene Aufgabe der Medienpolitik, d. h. der Länder als Rundfunkgesetzgeber, dort Veränderungen herbeizuführen. Wenn es diese Veränderungen nicht gibt, werden die Aufwendungen automatisch im

Rahmen der allgemeinen Preissteigerung in allen Bereichen und durch Tarifierhöhungen weiter ansteigen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu sprechen kommen. Wie nahezu alle Wirtschaftsbereiche müssen auch die Rundfunkanstalten auf die Krise reagieren, und sie haben das - soweit wir das überblicken können - bisher auch erfolgreich getan. Die Ausfallhilfen für die Produzenten- und Filmwirtschaft bedeuten tendenziell Mehraufwand. Hierüber können die Anstalten im Rahmen ihrer Haushalts- und Wirtschaftsführung frei entscheiden. Die Mittel aus dem Rundfunkbeitrag müssen aber zweckentsprechend - darauf legen wir Wert - und natürlich sparsam und wirtschaftlich eingesetzt werden. In anderen Fällen wird es jedoch auch Minderaufwand geben, z. B. weil Programmvorrate stärker genutzt werden oder es keine Sportübertragungen im internationalen Bereich gibt. Wir alle hoffen ja, dass die einzelnen Veranstaltungen im nächsten Jahr nachgeholt werden können und wir wieder Sport im TV sehen können.

Zu befürchten sind allerdings Einbrüche bei den Erträgen aus Rundfunkbeiträgen wegen des Anstiegs der Befreiungen aus sozialen Gründen sowie durch zunehmende Insolvenzen im nicht privaten Bereich. Die aktuellen Zahlen des Beitragsservice zeigen diese Effekte allerdings noch nicht. Das verwundert nicht, weil es Kurzarbeitergeld gibt, dessen Auszahlung bis Ende des nächsten Jahres verlängert worden ist, und die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt worden ist. Das Jahr 2019 hat, nebenbei bemerkt, mit einem Plus von 60 Millionen Euro gegenüber der Feststellung der KEF abgeschlossen, was einen gewissen Puffer darstellt. Bei den Werbeeinahmen sind die Ausfälle jedoch messbar. Wir werden die Entwicklung sehr kritisch beobachten.

Es bleibt festzuhalten, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen über die Folgen der Corona-Krise für die Rundfunkanstalten getroffen werden können. Dafür fehlen derzeit noch belastbare Zahlen. Wir haben jetzt den 23. Bericht, der als Zwischenbericht der Überprüfung des 22. Berichts dient, vor uns. Die Anstalten werden hierfür voraussichtlich Ende April 2021 ihren Bedarf im regulären Verfahren bei der KEF anmelden. In diesem Bericht werden wir diese Entwicklungen dann sehr sorgfältig untersuchen.

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD)

Anwesend:

- **Tom Buhrow**, Vorsitzender der ARD und Intendant des WDR
- **André Busshuven**, Leiter des Verbindungsbüros des Intendanten

Tom Buhrow: Danke, dass wir uns heute hier im Unterausschuss „Medien“ des Niedersächsischen Landtages äußern dürfen. Ich möchte an das, was Herr Dr. Fischer-Heidlberger gesagt hat, anknüpfen und zudem einige allgemeine Bemerkungen machen.

Zunächst zu einem Bereich, den der Vorsitzende der KEF logischerweise nicht hat abdecken können, nämlich den Bereich, den wir unter dem Begriff „Legitimation“ zusammenfassen. Wie hoch ist der ideelle Wert unseres Tuns für die Gesellschaft? - Dazu möchte ich sagen, dass wir nicht zuletzt in den besonderen Zeiten, in denen wir heute sind, in der Corona-Krise bewiesen haben, dass wir uns instinktiv und ohne große abstrakte Debatten, intern wie extern, der Herausforderung gestellt haben, der Gesellschaft nicht nur zu dienen - das tun wir immer -, sondern sie in einer Zeit großer Unsicherheit auch zusammenzuhalten. Es gibt eine aktuelle Umfrage, die zu dem Ergebnis kommt, dass sich - sage und schreibe - 89 % der Menschen in der Corona-Krise durch die ARD gut informiert fühlen, die große Mehrheit sogar voll und ganz. Für 80 % der befragten Nutzerinnen und Nutzer war die ARD in dieser Zeit ein verlässlicher Begleiter. Auf den Begriff „Begleiter“ komme ich gleich noch zurück.

Wir haben uns, was die Information angeht, auf jeden Fall immer auf der Höhe der Zeit befunden. Es gab hier und da Anmerkungen auch vonseiten des Publikums oder von einigen Fachleuten, die die Frage aufwarfen, ob wir vielleicht zu unkritisch gegenüber den Maßnahmen der Exekutiven in Bund und Ländern gewesen seien. Die Berichterstattung wurde von beiden Seiten infrage gestellt, so wie es auch richtig und legitim ist. Ich glaube aber, wir haben immer so informiert, wie es unserem Wissensstand entsprach. Sogar die Wissenschaft selbst musste sich wiederholt korrigieren - und damit auch die Politik ihre Schlussfolgerungen daraus.

Ich möchte etwas zur föderalen Struktur sagen, die sich in dieser Phase besonders bewährt hat. Ich spreche jetzt vor allem von der ganz harten Phase des Lockdowns im Frühling, in der wir alle noch nicht wussten, was es mit diesem Virus auf sich hat. Die Auswirkungen waren bundesweit sehr verschieden. Sie waren in Mecklenburg-Vorpommern oder in Niedersachsen anders als in Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Insofern sind die föderale Struktur der ARD und die damit verbundene Regionalität voll zum Tragen gekommen. Wir haben mit unseren Reporterinnen und Reportern die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit der Auswirkungen aufzeigen können, weil wir eben nicht nur zur Berichterstattung „einfallen“, sondern weil wir vor Ort sind. Wir sind Nachbarn und Mitbürger, wir sind präsent.

Das führt im Alltag über die Jahre hinweg manchmal zu Betrachtungen und Fragen, die auch an die KEF herangetragen werden; z. B. zu der Frage, ob eine Konzernstruktur nicht besser wäre. Aber wir sind ja mit Bedacht nach dem Krieg als föderale Rundfunkanstalt geschaffen worden, um die regionale Präsenz abbilden zu können. Das hat sich an dieser Stelle voll ausgezahlt.

Ich möchte hier auch den Hörfunk nennen, der häufig übersehen wird. Er ist schon von seiner sui generis föderal, weil er entsprechend organisiert und verfasst ist. Herr Raue vertritt hier Deutschlandradio. Das ist das bundesweite öffentlich-rechtliche Hörfunkprogramm. Wir sollen und dürfen nur regionale Wellen haben. Insofern ist die Regionalität im ARD-Hörfunk besonders zum Tragen gekommen.

Bisher haben wir nur über Information gesprochen. Ich würde sagen, dass man, als es um die wissenschaftlichen Fragen ging, um die Bewertung und Bedeutung von Ansteckungsraten, um Inkubationszeiten und all diese wissenschaftlichen Details, auch gesehen hat, dass wir Fachredaktionen haben - zu Wissenschaft, Wirtschaft und allen möglichen Bereichen. So etwas kann man nicht über Nacht aus dem Boden stampfen. Wir halten sie vor und konnten hier das Potenzial voll ausspielen, sodass wir auch die Hintergründe über die rein aktuelle Berichterstattung hinaus liefern und beleuchten konnten, wie das aus der Fachperspektive zu bewerten ist.

Weiter haben wir uns - ich glaube, es hat in jedem Bundesland ein positives Echo des Kultusministeriums gegeben - in der Zeit, als die Menschen ih-

re Kinder nicht in die Schule schicken konnten, wirklich bemüht, adäquate Bildungsangebote bereitzustellen. Und - jetzt komme ich zu dem Begriff „Begleiter“ zurück, der uns in der Glaubwürdigkeitsstudie attestiert worden ist - wir haben auch ein Stück Kontinuität in diese Zeit der Disruption gebracht. Vor allen Dingen im Hörfunk waren über die reinen Nachrichten und Fachberichte hinaus der Musikmix und die vertrauten Stimmen der Moderatoren wichtig. Insofern war dort auch ein Stück Zuversicht zu spüren. Das emotionalste Medium ist eben nicht das Fernsehen, auch wenn es mehr Sinne anspricht, sondern das Radio.

Das alles haben wir getan. Wir haben auch das bundesweite Programm umgestellt. Es gab jeden Tag ein ARD Extra. Wir haben jetzt wieder damit angefangen, da die Krise wieder neue Kreise zieht. Das ist etwas, was man sich über die Zahlen, die finanziellen Bedarfe und die Empfehlungen der KEF hinaus in diesem Jahr besonders vor Augen führen kann. Keiner von uns hat sich das so ausgesucht, es kam einfach, aber ich glaube, wir sind dieser Herausforderung gerecht geworden.

Wir haben aber noch mehr als das getan. Es war das Ziel des ARD-Vorsitzes des WDR, dass wir unsere Reformfähigkeit und unseren Reformwillen unter Beweis stellen. Was das Programm angeht, haben wir gerade, um auch bundesweit die Vielfalt in den großen nationalen Sendungen noch weiter deutlich zu machen, die *tagesthemen* verlängert, und zwar explizit nicht, um der Aktualität mehr Raum zu geben - jeder Nachrichtenredakteur wüsste schon, wie er diese fünf Minuten füllen würde -, sondern um unabhängig von der Aktualität unter der Rubrik „#mittendrin“ regionale Berichte zu senden, die kleinen und großen Erfolge und Sorgen sowie die Herausforderungen in den einzelnen Regionen zur Geltung zu bringen. Das ist schon im April angelaufen und wurde immer am Freitag gesendet. Seit September ist die Rubrik auch während der Woche zu sehen. Ich glaube, das ist ein ganz großer Punkt. Denn aus verschiedenen Teilen Deutschlands wurde immer mal wieder die Sorge oder die Beschwerde laut, dass man im Landesprogramm zwar vorkomme, aber die Region nur dann bundesweit in Erscheinung trete, wenn die Aktualität für unschöne Bilder Sorge. Die müssten zwar auch gezeigt werden, aber der Alltag sollte ebenfalls abgebildet werden. Das tun wir nun.

Darüber hinaus haben wir bewiesen, dass wir eine Sache, die vor vier bzw. acht Jahren jeweils

neun Monate zäher Verhandlungen gebraucht hat, nämlich den Finanzausgleich für die zwei kleinsten Anstalten, den Saarländischen Rundfunk und Radio Bremen, innerhalb von Wochen regeln können. Wir haben uns auf ein Kulturportal geeinigt, das im Sendegebiet des Mitteldeutschen Rundfunks angesiedelt werden soll. Wir haben gemeinsam mit dem ZDF und dem Deutschlandradio eine Erklärung formuliert, in der wir glaubhaft versichern, dass wir uns nicht nur in der kommenden Beitragsperiode, sondern bis ans Ende des Jahrzehnts der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit verpflichtet fühlen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber wir haben das einmal *expressis verbis* zu Papier gebracht. Das war nicht ganz einfach. Wir haben auch nicht alle Stimmen in der ARD dafür gewinnen können. Darauf will ich nicht weiter eingehen, aber das muss ich der Vollständigkeit halber sagen. Wir sind da bis an die Grenze dessen gegangen, was möglich war, und noch darüber hinaus.

Dass wir uns der Wirtschaftlichkeit verpflichtet fühlen, sehen Sie in Niedersachsen daran, dass der Norddeutsche Rundfunk schon auf der Basis der jetzt vorliegenden Empfehlung der KEF ein beispielloses Sparprogramm mit dem Abbau von 400 Stellen in die Wege geleitet hat. Der WDR ist dabei, 500 Stellen abzubauen. Er hat damit vor fünf Jahren begonnen und wird diesen Stellenabbau hoffentlich in diesem Jahr bewältigt haben.

Wir haben in der ARD insgesamt seit 1993 fast 20 % der Stellen abgebaut. Das sind 4 800 Stellen. Wir müssen also nicht zum Jagen getragen werden. Wir sind schon längere Zeit dabei. Herr Dr. Fischer-Heidberger hat ja die Strukturreformen erwähnt, die von den Ländern angestoßen und 2017 unter dem Vorsitz der MDR-Intendantin Dr. Karola Wille aufgegriffen worden sind und deren Umsetzung noch läuft. Diese Reformen sind schon in die Empfehlungen der KEF eingerechnet.

Dieser Kurs wird weiter fortgeführt. Es ist keineswegs so, dass keine Kürzungen und keine Reformen stattfänden. Wir sind jetzt aber an einem Punkt angekommen - und damit knüpfe ich an das an, was Herr Dr. Fischer-Heidberger gesagt hat -, an dem Kürzungen nicht mehr so einfach möglich sind. Es ist immer leicht zu sagen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse sich einfach noch mehr verschlanken. Aber wir sind jetzt an einem Punkt, an dem man das nicht mehr nur hinter den Kulissen merkt, sondern an dem es auch

im Programm sichtbar wird. Ich bin sehr dankbar, dass der KEF-Vorsitzende das gerade so glasklar formuliert hat. Wer aus Wirtschaft oder Politik jetzt mehr will - das ist ja legitim, man kann immer sagen, dass man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anders verfassen will -, der muss das wissen, und er muss auch konkret werden, was den Auftrag angeht.

Ich möchte da an den Beschluss erinnern, der parallel zu dem Staatsvertrag, der Ihnen jetzt zur Ratifizierung vorliegt, gefasst worden ist. In diesem Zusammenhang haben die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten einen medienpolitischen Doppelbeschluss gefasst. Dieser Beschluss beinhaltet einmal, dass die KEF-Empfehlung als moderat bezeichnet wird und konstatiert, dass dort schon Kürzungen - auch über die nächsten vier Jahre - miteingerechnet sind. Im zweiten Teil des Beschlusses - und das ist, glaube ich, das Entscheidende - wird gesagt: Ab 2021 - also direkt ab Januar, wenn die Ratifizierung durch alle Landtage hoffentlich geschehen sein wird - ist die Rundfunkkommission der Länder beauftragt, spätestens innerhalb von zwei Jahren, also spätestens im Sommer 2022, Vorschläge über Auftrag und Struktur zu machen. Wir wissen, dass es Menschen und politische Kräfte gibt, die wohlwollend sagen: Wir wollen mit euch reden und den Auftrag verändern. Wir wollen grundsätzlich darüber reden, was ihr in den nächsten Jahrzehnten für die Gesellschaft leisten sollt.

Die Medienlandschaft hat sich verändert. Wir hatten schon Auseinandersetzungen über die Frage, was wir im Internet dürfen. Die Diskussion geht weiter, weil sich dieser Bereich dynamisch entwickelt. Man könnte auch legitimerweise sagen, wie viel es von diesem oder jenem Genre sein soll. Aber da wird jeder etwas anderes sagen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten: Sobald man an den Auftrag geht, sei es auch mit der Pinzette oder dem Skalpell, gehen die Leute auf die Barrikaden; denn sie mögen zwar die Finanzierung nicht immer, aber sie mögen die Produkte, vor allem die in ihrer Region.

Ich kann wirklich mein Wort für die ARD geben, dass wir diesen Prozess konstruktiv begleiten werden, so wie er hier in dem Doppelbeschluss festgelegt ist. Erst kommt die Ratifizierung, und dann kommen die grundlegenden Fragen, was den Auftrag angeht, an die Reihe. Wir werden uns nicht eingraben, wir werden nicht einfach sagen: Das geht nicht. Wir werden es konstruktiv begleiten, wenn diese Fragen gestellt und Vor-

schläge gemacht werden. Aber man hat gesehen - ob das jetzt bei HR 2 war, wo der Wortanteil zugunsten von hochwertiger klassischer Musik etwas reduziert werden sollte, oder bei den Vorschlägen des Norddeutschen Rundfunk zu seinem Chor -: Sobald man - und sei es noch so vorsichtig und verantwortungsvoll - an bestimmte Bereiche herangeht, wird man mit Widerständen zu rechnen haben. Das wissen Sie als Berufspolitiker, das weiß jeder Stadtkämmerer. Man muss das dann zusammen durchstehen. Das sind Dinge, die wir als Rundfunkanstalten nicht allein entscheiden können und dürfen. Das sind Dinge, die wir gemeinsam machen müssen. Wenn Sie den ersten Teil mit der Ratifizierung geordnet umgesetzt haben werden, werden wir von der ARD uns wirklich konstruktiv beteiligen. Das kann ich verheißen.

Noch eine Bemerkung: Es gibt etwas, dem ich in Deutschland überall begegne. Es gibt zwei, ich will es nicht „Legenden“ nennen, sondern vielleicht Vorstellungen mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die nicht ganz korrekt sind. Die eine ist, dass man einfach abstrakt fordern könnte „Verschlankt euch! Verschlankt euch!“ und davon nirgendwo etwas im Programm hört oder sieht. Die zweite Sache ist, dass man immer meint, man kenne zwei Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks besonders gut. Das stimmt sogar. Man kennt in jedem Bundesland zwei Anstalten besonders gut, nämlich einmal das ZDF - das ist normal; man kennt es besonders gut, weil alle Länder in den Aufsichtsgremien des ZDF vertreten sind - und zum anderen die eigene Landesrundfunkanstalt, bei der man zum Teil auch in den Aufsichtsgremien sitzt. Man hat eine Nähe und kann deren Arbeit beurteilen. Dann wird immer gesagt: Ja, wir wissen, dass da gut gewirtschaftet wird. Die sind schlank aufgestellt, und da geht schon fast nichts mehr, wir sehen die Nöte. - Aber man meint, jenseits von diesen beiden genannten Anstalten beginnt ein riesiges Potenzial für Kürzungen, das man heben kann, ohne dass man davon irgendetwas im Programm sieht oder hört. Das ist ein Trugschluss. Es gibt keinen Hebel, der bei allen kürzt außer bei der eigenen Landesrundfunkanstalt und dem ZDF, außer bei den beiden Anstalten, die man besonders gut kennt. Es gibt nur einen Hebel, der alle betrifft.

Ich sage auch in Sachsen-Anhalt: Hier ist der MDR die ARD, und Frau Dr. Wille hat ausgerechnet, welche Lücke sie hätte, wenn es nicht zur Ratifizierung dieses Staatsvertrages kommt. Sie hätte dann eine Lücke von mehr als 160 Millionen

Euro. Die würden Sie in Sachsen-Anhalt spüren. Es ist ein Naturgesetz, dass diese Finanzierungslücke keinen Bogen um Sachsen-Anhalt machen würde. Für Sie in Niedersachsen ist der Norddeutsche Rundfunk die ARD. Und der NDR bringt schon jetzt mit großen Kraftanstrengungen seine Finanzen in Ordnung und passt seine Ausgaben den Umständen an. Deswegen muss ich sagen: Alles, was Sie Schönes haben - das Landesprogramm, das Landesfunkhaus, Frau Furtwängler, die in Hannover beim LKA ermittelt, und NDR Kultur -, alles das sind Dinge, die zum öffentlich-rechtlichen Ensemble gehören und die man nicht einfach vom Rest der legitimen Fragen trennen kann. Wir stellen uns diesen legitimen Fragen, so geordnet, wie es die Ministerpräsidenten in ihrem Doppelbeschluss am 17. Juni 2020 beschlossen haben.

Abg. **Dr. Alexander Saipa** (SPD): Herr Buhrow, vielen Dank für diesen interessanten Überblick. Ich habe keine Frage, sondern etwas, das ich loswerden möchte. Ich erinnere mich, dass es vor einigen Jahren eine Studie dazu gab, wie die Wertschöpfungskette über die gesamte ARD mit den einzelnen Landesrundfunkanstalten zu sehen ist. Wenn man sich das anschaut, stellt man fest, dass die ARD insgesamt eine hohe Wertschöpfung in der regionalen und innerdeutschen Wirtschaft hat, und zwar nicht nur in der Kreativwirtschaft, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

Nichtsdestotrotz muss sich, da wir heute darüber reden, die Rundfunkbeiträge anzupassen, wiedergeben, was mir aus der Kreativwirtschaft hier in Niedersachsen gespiegelt wird. Dort heißt es, dass ihr Anteil an ARD-Produktionen in den einzelnen Anstalten gern noch etwas höher sein könnte. Ich glaube, Sie haben etwa 1,7 bis 1,8 Milliarden Euro jährlich für die Kreativwirtschaft insgesamt als Wertschöpfung ausgegeben. Das sind aber alte Zahlen, vielleicht ist es heute ein wenig mehr.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gern aus Niedersachsen den Appell an Sie richten, auch in unserem Bundesland nach rechts und links zu schauen. Denn wir haben sehr viele gute Unternehmen, die in der Kreativwirtschaft tätig sind. Ich denke, die Kritik, dass sich vieles im Bereich Hamburg konzentriert - das geht insbesondere in die Richtung des NDR; im Harz gibt es immerhin die Reihe „Harter Brocken“ -, ist durchaus berechtigt. Dieser Appell mit Blick auf die niedersächsische Kreativwirtschaft ist mir sehr wichtig.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Ich habe eine Frage, und ich räume ein, ich hätte sie möglicherweise Herrn Dr. Fischer-Heidberger stellen müssen. Ich bin allerdings erst durch Ihren Hinweis auf die Konzernstruktur auf diese Fragestellung gekommen. Sie haben angesprochen, dass die Konzernstruktur von der einen oder anderen Stelle als sinnvoll erachtet werde, die Regionalität aber von besonderer Bedeutung sei. Das gilt natürlich auch für die Vierländeranstalt NDR.

Nun hat die KEF allerdings mehr oder weniger eine Konzernbetrachtung vorgenommen. So geht quasi der Reichtum des WDR zulasten des NDR. Ich wüsste gern Ihre Meinung dazu, ob wir als politische Verantwortungsträger die Regionalität dort auch entsprechend nachvollziehen müssten, sodass eine solche Konzernbetrachtung in Zukunft nicht mehr erfolgt, oder ob es zumindest für diese Beitragsperiode einen internen Ausgleich innerhalb der ARD geben müsste, damit auch die Kürzungsmaßnahmen etwas fairer verteilt werden.

Tom Buhrow: Den Begriff „Reichtum“ im Zusammenhang mit dem WDR möchte ich zurückweisen. Ich glaube, Sie finden keine Anstalt, sei es in der ARD, sei es das ZDF oder Deutschlandradio, die von sich sagen könnte, sie sei reich.

Nun werfen Sie die Frage nach Ausgleichsmechanismen in der ARD auf. Man kann alles diskutieren, aber damit würde der Anreiz geschaffen, nicht zu sparen. Denn warum sollte man sparen, wenn derjenige, der spart, Zurückhaltung beim Sparen auf anderer Seite ausgleicht?

Nur um einmal kurz etwas zur Verteidigung meiner Anstalt zu sagen: Der WDR ist dabei, 500 Stellen abzubauen, und hat die letzten Stellen in diesem Jahr noch zu liefern. Die ARD, die von der KEF aufgefordert ist, ich glaube, 0,5 % des Stellenplans abzubauen, hat in dieser Beitragsperiode 150 Stellen abgebaut. Das bedeutet: Ohne uns hätte es einen Stellenaufbau gegeben. Wir haben sozusagen den ganzen Stellenabbau in der ARD gewuppt. Dadurch sinkt unser Personalbedarf.

Das ist nur ein Beispiel. Das ist eine enorme Kraftanstrengung. Ich habe Joachim Knuth, sofort nachdem er sein Sparpaket Anfang des Jahres verkündet hat - das er zuvor ausrechnen und vorbereiten musste -, eine SMS geschickt, ihm gratuliert und ihm versichert, dass er mich an seiner Seite hat. Denn ich weiß, dass das extrem schwierig ist. Man hat mit allen möglichen Kräften

im eigenen Sender, aber auch außerhalb des Senders zu tun. Man stößt auf Widerstände. Das kennen Sie als Berufspolitiker. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass es dann heißt „Danke, dass euer Personalbedarf gesunken ist, danke, dass ihr den Personalabbau für die ARD geschafft habt, und jetzt möchten wir bitte Ausgleichsmechanismen“, dann - muss ich sagen - würden meine Aufsichtsgremien und meine Landespolitiker und auch ich an die Decke gehen.

Ich glaube, dass ein Ausgleichsmechanismus, der alles innerhalb der ARD nivelliert, nicht im Sinne des Erfinders der ARD ist. Denn dann bräuchte man keine Landesrundfunkanstalten. Aber ich habe, als ich den Vorsitz übernahm, auch gesagt, dass die Fliehkräfte in dieser und auch in der kommenden Beitragsperiode extrem stark werden würden. Sie sind schon jetzt erkennbar stark. Umso stolzer bin ich, dass wir den Finanzausgleich innerhalb von Wochen geschafft haben. Das ist keinem leichtgefallen. Wir haben innerhalb der ARD hart miteinander gerungen.

Wenn über den Auftrag geredet wird und es heißt „Ihr habt 64 Hörfunkprogramme, braucht man die alle?“, frage ich immer: Welche Ihrer Hörfunkwellen wollen Sie denn aufgeben? - Denn dann fängt die Diskussion an, wirklich interessant zu werden. Die Fragen sind legitim. Aber die Probleme, die uns bevorstehen, sind nicht lösbar durch Binnenausgleich. Wir haben eine größere Herausforderung vor uns, der wir uns stellen müssen.

Vielleicht möchte Herr Dr. Fischer-Heidberger zu der Frage noch ergänzen.

Dr. Fischer-Heidberger: Die KEF macht keine Konzernbetrachtung, sondern im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag steht, dass ZDF, ARD und Deutschlandradio ihre Bedarfe anmelden. Schon seit Jahr und Tag gibt es eine gemeinsame Anmeldung der ARD. Deswegen wird auch die ARD insgesamt betrachtet. Im Staatsvertrag ist ferner der Anteil, den ZDF, ARD und Deutschlandradio jeweils erhalten, festgelegt. Dieses Mal hat die KEF in ihrem Bericht eine besondere Transparenz geschaffen und aufgezeigt, wie die Wirkungszusammenhänge sind zwischen den sogenannten Eigenmitteln, den Mitteln, die die einzelnen Anstalten auf der hohen Kante haben - woher das Geld auch immer kommen mag -, und welche Auswirkung das auf den Beitrag hat. Dabei stellte sich heraus, dass die Anstalten, die gespart haben, das Geld sehr wohl behalten dürfen. Eine Quelle, über die vielleicht mehr Geld an eine

Landesrundfunkanstalt gegangen ist, ist damals die Einführung des Beitrags, der die Gebühr abgelöst hat, gewesen. In diesem Zusammenhang sind z. B. plötzlich viel mehr Mittel an den Rundfunk Berlin-Brandenburg geflossen, weil es dort zuvor viele Gebührenverweigerer gegeben hatte. Durch das neue System hat es mehr Transparenz gegeben, und man konnte sich dem Beitrag nicht mehr so leicht entziehen. Dort stand dann mehr Geld zur Verfügung.

Wir müssen auch aus einem anderen Grund eine Gesamtbetrachtung machen. Wir müssen schauen, dass keine Überfinanzierung des Rundfunks stattfindet. Deswegen ist die Transparenz der Zusammenhänge im Bereich Eigenmittel - was ist auf der hohen Kante - nur ein Teil der Betrachtung. Ein weiteres Thema sind die Investitionen in der ARD. Wenn eine Landesrundfunkanstalt eine große Investition tätigen muss, fließt das natürlich in den Gesamtbedarf ein. Über die Beitragserhebung werden die Kosten mehr oder weniger verteilt. Auf der anderen Seite gibt es natürlich Ausgleichssysteme innerhalb der ARD. Der Finanzausgleich ist schon genannt worden. Es gibt einen Fernsehvertragsschlüssel und viele andere Dinge, mit denen man innerhalb der ARD festlegt, wie man vorhandene Mittel bestmöglich einsetzt.

Abg. **Dr. Stefan Birkner** (FDP): Auch von mir herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Buhrow. Sie haben auf den MPK-Doppelbeschluss verwiesen und sich sehr optimistisch geäußert, dass die Auftragsdiskussion geordnet laufen wird. Ich frage mich, woher Sie diesen Optimismus nehmen. Denn die bisherigen Diskussionen sind ja nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Ich habe sie eher so wahrgenommen, dass es zwischen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und Intendantinnen und Intendanten kontrovers war, wer eigentlich wie über den Programmauftrag zu diskutieren hat und wer dort die Vorgaben macht. Was gibt Ihnen Anlass, anzunehmen, dass diese Diskussion nun besser laufen wird als bisher?

Tom Buhrow: Optimistisch bin ich aus folgendem Grund - immer unter der Voraussetzung, dass der erste Teil des Doppelbeschlusses durchgeführt wird, also dass alle Landtage die Ratifizierung vornehmen und die von der KEF empfohlene Beitragserhöhung dann auch in Kraft treten kann. Der Grund, aus dem das bisher nicht richtig klappt, ist, dass die KEF-Empfehlung im politischen, aber auch im publizistischen Raum bisher immer an grundsätzliche Reformfragen, was den

Auftrag angeht, gekoppelt worden ist. Es wird gesagt: Die sollen mal sparen. - Einige Landespolitiker aus Sachsen-Anhalt haben jetzt gefragt, warum die ARD überhaupt neun Landesrundfunkanstalten brauche. Das ist keine Frage, die wir zu beantworten haben. Wir sind untereinander solidarisch. Das sind politische Fragen, und die sind auch nur politisch zu lösen.

Natürlich wird eine Einigung nicht leicht werden. Aber ich bin optimistisch. Denn ich glaube, das ist auf diese geordnete Weise, zuerst die Beitragsanpassung vorzunehmen, die aufgrund des aktuellen Auftrages von der KEF stringent ausgerechnet wurde, und dann ehrlich über den Auftrag und den Umfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und darüber, was von ihm erwartet wird, zu sprechen, machbar. Es ist nicht einfach, aber machbar.

Aber gekoppelt an die Beitragsdiskussion und die Erhöhung um 86 Cent kann das nicht funktionieren. Da kommen dann alle möglichen diffusen Vorschläge. Wenn die Ratifizierung nicht stattfindet, bin ich überhaupt nicht optimistisch. Denn dann sind wir in verschiedenen Schützengräben auf verschiedenen Seiten einer Konfliktlinie. Dann wird es nur noch um die 86 Cent gehen, und dann ist eine geordnete und konstruktive Diskussion über den Auftrag zumindest kurzfristig nicht mehr möglich.

Wie schwierig das ist, sieht man auch an den Appellen der Kreativwirtschaft. Damit komme ich auch zu der Wortmeldung von Herrn Dr. Saipa.

In diesen Tagen haben sich bei uns in Nordrhein-Westfalen Vertreterinnen und Vertreter der Kreativwirtschaft wie Produzentinnen und Produzenten mit Mitgliedern meiner Aufsichtsgremien getroffen. Das machen wir in allen Landesrundfunkanstalten. Wir geben jedes Jahr einen ARD-Bericht heraus, und einige Landesrundfunkanstalten geben zusätzlich noch einen eigenen Bericht heraus. Darin ist aufgeschlüsselt, wie viele Produktionen als Auftragsproduktionen an eigene Tochterfirmen gehen. Wir haben ja Produktionstöchter wie das Studio Hamburg im NDR-Sendegebiet oder die Bavaria Film, an der einige Landesrundfunkanstalten Anteile haben. Es wird genau darauf geachtet, dass nicht zu viele Aufträge an diese abhängigen Töchter gehen, sondern genug in den freien Markt an die freien Produktionsfirmen vergeben werden.

Ich höre diese Appelle von überall. Sie sind legitim. Das ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was kommt. Ob es die Produzentenlandschaft, die Kulturlandschaft, die Musikbranche oder die Eventbranche ist, ob es die Schlagersänger, die Schauspieler, die Regisseure oder die Urheber sind - alle werden bei der Auftragsdiskussion ihre Stimme erheben. Deshalb ist es so wichtig, dass man diese Diskussion ohne die aktuelle Beitragsdiskussion, sondern direkt danach in Ruhe und konstruktiv führt. Diese Diskussion wird nicht in einem Vakuum stattfinden, sie wird unter einem Gezerre von interessierten Lobbygruppen stattfinden. Das wissen wir. Das ist unser tägliches Brot. Aber umso wichtiger ist es, dass wir diese Diskussion konstruktiv miteinander führen.

So viel von mir. Vielleicht kann Joachim Knuth gleich noch mehr zu den Spezifika der Nöte der Kreativwirtschaft in Niedersachsen und der Verteilung im Sendegebiet des NDR sagen. Ich kann nur sagen: Ich glaube, dass wir uns ein gros sozial verantwortungsbewusst gegenüber unseren freien Mitarbeitern und gegenüber der Kreativwirtschaft, die auch Ausfälle hatte, weil Produktionen gestoppt worden sind etc., gezeigt haben, und zwar bis an die Grenze dessen, was uns innerhalb des rechtlichen Rahmens möglich war. Denn wir dürfen ja nicht Leistung ohne Gegenleistung geben.

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- *Intendant Dr. Thomas Bellut*

- *Dr. Lutz Köhler, Leiter der Abteilung Medienpolitik*

Dr. Thomas Bellut: Ich freue mich, dass ich heute zu Ihnen sprechen kann. Ich versuche, Doppelungen mit Blick auf meine beiden Vorredner zu vermeiden. Zu Herrn Dr. Fischer-Heidberger möchte ich sagen, dass ich die Anmerkungen der KEF immer sehr ernst nehmen. Denn nach dem KEF-Bericht ist im Grunde vor dem KEF-Bericht. Schon in zwei Jahren wird die KEF prüfen, wie sich die Anstalten verhalten haben und wie die Einnahmen aussehen. Die Kontrolle endet sozusagen nie. Bei Verfehlungen, wenn man also Vorgaben nicht eingehalten hat, trifft einen das bei der nächsten KEF-Anmeldung.

Herr Buhrow hat schon Nutzungsdaten für die ARD genannt. Man kann sagen, dass die öffentlich-rechtliche Gruppe seitens des Publikums eigentlich immer gemeinsam betrachtet wird. ARD und ZDF - das gilt auch für Deutschlandradio - sind gerade, was die Vermittlung von politischen Informationen betrifft, außerordentlich gefragt. Das ZDF ist ein nationales Programm. Unser Hauptprogramm ist im Bundesgebiet und auch in Niedersachsen mit erheblichem Abstand Marktführer. Das ZDF-Hauptprogramm erreicht in Niedersachsen eine Quote von 14,1 %. Dieser Wert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Darüber freue ich mich.

Die Nutzungszahlen für das lineare Fernsehen, aber auch für die digitalen Angebote haben sich in der Corona-Krise noch einmal erhöht. Viele haben gesagt, das klassische Fernsehen sei eigentlich schon tot. Das ist es nicht. Es ist sehr lebendig. Noch wichtiger finde ich, dass das Publikum den öffentlich-rechtlichen Sendern vertraut. Für das ZDF - die Zahlen der ARD sind ähnlich - haben wir in einer von einem unabhängigen Institut durchgeführten Umfrage festgestellt - und das wird von vielen anderen bestätigt -, dass gerade in der Corona-Krise mehr als 80 % der Deutschen sagen, dass man dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vertrauen könne, er vertrauenswürdig sei und seriös berichte. Das ist auch wichtig; denn wenn das nicht so wäre, würden wir unseren Auftrag nicht erfüllen. Ich freue mich, dass die Zahlen so hoch sind. Heute Abend werden wir das Ergebnis der Beratungen in Berlin auch in Sonder-sendungen vermitteln. Das wird in ARD und ZDF allein im Fernsehen sicherlich 25 Millionen bis 30 Millionen Menschen erreichen. Dazu kommen dann noch die Hörfunkprogramme.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zu den Inhalten sagen. Am Ende zählt, wie überzeugend wir für unser Publikum, die Bevölkerung, aber auch die Parlamente in Deutschland sind. Deshalb steht das Programm im Zentrum aller Überlegungen. Das ZDF bekommt durch den Beitrag nicht nur Geld für das eigene Haus, sondern es nutzt dieses Geld auch, um viele Aufträge an die Produzenten vor allem in Deutschland zu vergeben. Teilweise gibt es eine europäische Beteiligung, aber die Aufträge gehen vor allem nach Deutschland. Allein seitens des ZDF fließen jedes Jahr mehr als 600 Millionen Euro an die Produzenten.

Im Moment ist das Thema Corona dominant. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, es gerade den mittelständischen und kleinen Firmen zu ermögli-

chen, weiter zu existieren. Deshalb haben wir Corona-Mehrkosten übernommen. Zum einen haben wir in der ersten Corona-Welle Abbruchkosten zur Hälfte getragen. Das war eine wichtige Maßnahme. Mittlerweile sind die Mehrkosten durch Corona-Schutzmaßnahmen, die die Produzenten haben, wenn sie Inhalte erstellen, in unserer Kalkulation enthalten. Das heißt, die Produktionen werden teurer. Das müssen wir aus den Etats finanzieren, indem wir insgesamt weniger produzieren. Wenn ich das gerade vor Vertreterinnen und Vertretern des niedersächsischen Parlaments sagen darf: Im Moment verhandeln wir mit den Ländern auch über einen staatlichen Ausfallförderfonds. Die Federführung hat Nordrhein-Westfalen. Niedersachsen ist einbezogen. Das Prinzip soll so sein, dass die Beiträge der einzelnen Länder auch die Produzenten in ihren Ländern unterstützen. Es ist ein Volumen von knapp unter 50 Millionen Euro angedacht. Das würde sich vergrößern, wenn sich mehr Länder beteiligen. Das ist keine gigantische Summe, aber es würde schon helfen.

Das ZDF hat bisher ungefähr 30 Millionen Euro Mehrkosten durch Abbrüche und Kostensteigerungen aufgrund von Corona gehabt. Wir vermuten, dass am Ende des Jahres mindestens 50 Millionen bis 70 Millionen Euro an Mehrkosten zusammenkommen. Damit gehen wir aber nicht zur KEF, sondern das Geld müssen wir durch Umschichtungen - Herr Dr. Fischer-Heidberger hatte z. B. den Sport genannt - irgendwie erbringen. Das werden wir auch schaffen können. Es besteht also kein Grund zur Klage. Es ist ja auch in unserem Interesse, dass die Produzentinnen und Produzenten in Deutschland weiter existieren können und wir weiterhin Programm von ihnen bekommen. Wie die Entwicklung dann im weiteren Verlauf der Krise im nächsten Jahr ist, können wir nicht absehen. Das muss man ganz einfach abwarten.

Noch ein Satz zum Sport. Wir hoffen, dass die Großereignisse im nächsten Jahr stattfinden werden. Gleichwohl bemerkt man im Moment, dass die internationalen digitalen Plattformen immer mehr vom Spitzensport übernehmen. Das werden wir nicht ändern können. Wir müssen es akzeptieren. Schon die jetzige Empfehlung der KEF verlangt - das gilt auch für die ARD - Einsparungen von uns. Wir wollen beim sehr teuren Spitzensport auch Einsparungen bringen. Trotzdem möchte ich hier eine Lanze für Sport in den öffentlich-rechtlichen Anstalten brechen. Denn z. B. Olympische Spiele bauen eine Brücke zum Brei-

tensport, und wer Olympische Spiele überträgt, kann auch die Paralympics übertragen. Wir sind vor einigen Jahren von einem amerikanischen System überboten worden. Discovery hat sich für die Olympischen Spiele interessiert, aber überhaupt nicht für die Paralympics. Das wäre für uns undenkbar. Wir werden sie ebenfalls übertragen. Wir sind gerade in den Verhandlungen für Tokio, sofern es diese Spiele denn gibt.

Im Rahmen des Sparprogramms habe ich dem Fernsehrat und dem Verwaltungsrat des ZDF zugesagt, dass wir in den nächsten Jahren noch einmal etwa 100 Millionen Euro beim Topf Sport - in erster Linie Fußball - einsparen. Das ist auf Dauer - auch darüber sind wir mit der KEF im Gespräch - eine vernünftige Strategie, auch wenn es wehtut.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zu Niedersachsen sagen. Wir haben, wie in allen Bundesländern, ein Landesstudio in der Landeshauptstadt. Wir stellen fest, dass Niedersachsen in unserem bundesweiten Programm überdurchschnittlich vertreten ist. Es kommen sehr viele Beiträge zu Politik sowie zu Land und Leuten aus Niedersachsen. Vor vier Jahren hatten wir auch schon eine Anhörung zu diesem Thema, und ich musste zugestehen: Wir produzieren zu wenig in Niedersachsen. Es ist ein großes Land. Ein Teil der Rundfunkbeiträge, die wir hier bekommen, sollte auch im Land investiert werden. Immerhin ist es uns in den vergangenen vier Jahren gelungen, zwei Krimireihen, die in Ostfriesland spielen, zu etablieren. Das sind drei Folgen pro Jahr. Das macht Niedersachsen nicht nur in Deutschland bekannter, sondern durch den Verkauf auch in ganz Europa. Das setzt auch international eine Marke. Aber ich gebe gern zu, dass das sicherlich nicht das Ende der Bemühungen sein soll. Das hängt aber auch von der Entwicklung und den Möglichkeiten in den nächsten Jahren ab.

Deutschlandradio

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4

Anwesend:

- *Intendant **Stefan Raue***

Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- ***Stefan Maas**, Referent in der Intendanz*

Stefan Raue: Ich danke Ihnen, dass Sie mir heute Gelegenheit geben, mit Ihnen zu sprechen. Unsere schriftliche Stellungnahme ist Ihnen zugegangen. Daher kennen Sie unsere Kennzahlen und viele unserer Argumente. Ich will mich heute auf wenige Punkte konzentrieren.

Deutschlandradio ist der nationale Hörfunk der Länder, ein öffentlich-rechtlicher Sender, der in ihrem Auftrag bundesweit drei Programme anbietet. Deutschlandradio betreibt laut Staatsvertrag zwei Funkhäuser in Köln und Berlin, in denen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova produziert werden. Letzteres ist nur über DAB+ und das Internet zu empfangen. Wir sind werbefrei und haben einen klaren inhaltlichen Auftrag, nämlich zu einem umfassenden Bild von Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft Deutschlands und Europas beizutragen und den Menschen in allen 16 Bundesländern Orientierung und Einordnung gerade in schwierigen Zeiten zu ermöglichen.

Wir verstehen uns als Ergänzung zu den vor allem regional orientierten Hörfunkangeboten der Landesrundfunkanstalten. In jedem Bundesland arbeiten Landeskorrespondenten. Hier in Niedersachsen sind es Alexander Budde und Dietrich Mohaupt. Ihre Beiträge aus diesem Land richten sich nicht nur an die Hörerinnen und Hörer hier in Niedersachsen, sondern beispielsweise auch an die im Allgäu oder in Görlitz.

Der nationale Hörfunk ist eng verbunden mit ARD und ZDF. Deutschlandradio finanziert rund ein Viertel des ARD-Hörfunkauslandskorrespondentennetzes, einzelne Bereiche der Verwaltung wie Einkauf oder Honorarabrechnung werden mit NDR und WDR bearbeitet, und mit dem ZDF gibt es eine Reihe von Kooperationen im Kulturbereich. Der wesentliche Teil des Jahresetats von rund 250 Millionen Euro fließt daher direkt oder indirekt ins Programm. 93 % unserer Programme sind eigenproduziert.

Für Deutschlandradio arbeiten zurzeit 642 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und etwa 700 feste Freie. Wesentliche Kostenfaktoren der nächsten Jahre sind daher die Honorar- und Personalkosten. Öffentlich-rechtlicher Hörfunk ist personalintensiv. Hinzu kommen mehr als 30 Millionen Euro jährlich für die technische Rundfunkverbreitung über UKW, DAB+, Internet, Satellit und Kabel. Ein weiterer wesentlicher Kostenfaktor ist die kontinuierliche Sanierung unserer Funkhäuser. Das alte RIAS-Funkhaus in Berlin unterliegt dem Denkmalschutz, und das alte Deutschlandfunkhochhaus in Köln kommt allmählich in die Jahre.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir die geplanten 54 Cent Rundfunkbeitrag, die künftig auf Deutschlandradio entfallen sollen, für gut angelegtes Beitragsgeld halten. Alle drei Programme werden trotz ihrer klaren Profilierung zunehmend gut angenommen. Die jüngsten Messungen der sogenannten MA Audio waren für alle drei Programme sehr positiv. Insgesamt 3 Millionen Hörerinnen und Hörer nutzen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova - so viele wie noch nie. Deutschlandfunk wird als einziges informationsorientiertes Programm zum wiederholten Mal unter den Top Ten der reichweitenstärksten deutschen Radiosender geführt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu einer eher heimlichen Revolution, die den Hörfunk seit einigen Jahren von Grund auf verändert, zur digitalen Revolution: Natürlich ist das gute alte Radio mit seinem linearen Programm noch sehr lebendig. Aber alle Marktanalysen sagen sehr deutlich, dass vor allen die unter 35-Jährigen Hörprogramme nur noch digital und auf Abruf nutzen. So ist eine ganz neue Audiokultur mit Audiotheken, Hörspielportalen und Podcasts entstanden, die mittelfristig das Überleben des Radios sichern wird. Wir zählen pro Monat 3,5 Millionen Abrufe von Audiobeiträgen über unsere Deutschlandfunk-Audiothek und täglich 500 000 Nutzerinnen und Nutzer bei unseren digitalen Webangeboten. Podcasts wie „Eine Stunde History“ von Deutschlandfunk Nova oder „Der Tag“ von Deutschlandfunk aus Köln werden auf den digitalen Plattformen millionenfach abgerufen.

Deutschlandradio hat das strategische Ziel, mittelfristig lineares Radio und nonlineare digitale Audios im Verhältnis von 50 : 50 zu produzieren und das - deshalb gehört es auch hierher - ohne zusätzliche Bedarfsanmeldung bei der KEF, bei

Ihnen oder bei den Beitragszahlern. Diese digitale Revolution finanzieren wir ausschließlich durch Verlagerung von Ressourcen, durch Synergien, die durch die engere Zusammenarbeit unserer Redaktionen und Abteilungen entstehen. Es ist ein notwendiger, teilweise schmerzhafter, aber auch sehr kreativer Prozess, der ermöglichen soll, dass der öffentlich-rechtliche Hörfunk auch in Zukunft ein Forum für alle bilden kann, also weiterhin zur Integration in unserer Gesellschaft beitragen wird, was auch seinem gesetzlichen Auftrag entspricht.

Norddeutscher Rundfunk (NDR)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5

Anwesend:

- *Intendant **Joachim Knuth***
- ***Hendrik Lünenborg**, Leiter der Intendanz*

Joachim Knuth: Herzlichen Dank für Ihre Einladung. Ich freue mich, hier zu sein, und will einige den Norddeutschen Rundfunk betreffende Aspekte herausheben, die für Sie wichtig sein könnten.

Wir sind die einzige Vierländeranstalt in der ARD und damit eine Art kleine ARD innerhalb der ARD. Wir stehen in einem besonderen Maße für das verbindende Element norddeutscher Identität. Keine andere Landesrundfunkanstalt ist flächenmäßig annähernd so groß wie der NDR. Dieses weite und große Land gilt es, mit seinen ganzen Facetten abzubilden. Das tun wir mit vier Landesfunkhäusern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, mit Studios und Korrespondentenbüros, weil es ohne Nähe keine gute Regionalberichterstattung gibt.

Gerade hier in Niedersachsen sind wir mit Studios in Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg, Braunschweig und Göttingen und mit Korrespondentenbüros in Vechta, Verden, Wilhelmshaven, Cuxhaven und Lingen in der Fläche besonders stark vertreten. Allein an diesen Standorten produzieren wir pro Jahr 7 400 Radiobeiträge und 2 700 Fernsehbeiträge. Wir machen Programm und entsprechen damit dem Wesenskern unseres Auftrages.

Wenn wir uns im NDR oder in gesellschaftspolitischen Debatten fragen, wofür die Menschen in

den nächsten Jahren wohl bereit sein werden, Rundfunkbeitrag zu zahlen, dann ist eine zentrale Antwort: für verlässliche Informationen aus dem Land und der Region. Ich bin davon überzeugt, die Menschen wollen auch in Zukunft wissen, was um sie herum passiert. Ich glaube auch, dass dies ein Beitrag dazu ist, ihnen Unsicherheit zu nehmen.

Wir sind - meine Vorredner haben das erwähnt - gute Begleiter. Wir gelten als verlässlich, kompetent und vertrauenswürdig und der Norddeutsche Rundfunk zudem als typisch norddeutsch. Das gehört also zu unserem Wesenskern. In Zeiten, in denen die Fliehkräfte in der Gesellschaft immer stärker werden, in denen Globalisierung und Digitalisierung die Welt verändern, haben nicht wenige Menschen einen Zuwachs an Angst, weil sich Bekanntes auflöst und Halt verloren geht. Dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit können wir, glaube ich, in besonderer Weise entsprechen. Es bleibt bedeutsam, und gerade in unseren Landesprogrammen gehen wir ja im Fernsehen, im Radio und online in besonderer Weise darauf ein, indem wir Halt bieten und Verwurzelung dokumentieren. Und ein Zweites: Google, Facebook, Twitter, TikTok oder wer auch immer können das so nicht. Es interessiert sie auch nicht. Darin liegt eine unserer zahlreichen strategischen Chancen.

Regionalberichterstattung ist also ein Baustein für einen guten Zusammenhalt in der Gesellschaft, und die derzeitige Krise zeigt ja, dass insbesondere Regionalsendungen stark nachgefragt sind. Die Reichweiten aller unserer Programme sind seit März auf allen Ausspielwegen noch einmal deutlich gestiegen. Das gilt für *Hallo Niedersachsen*, für NDR 1 Niedersachsen und für die in Hannover produzierte, zentrale und erfolgreichste regionale Nachrichtensendung im NDR-Fernsehen *NDR info* um 21.45 Uhr. Wir sind durchgängig bestrebt, dieses in alle Ausspielwege zu speisen, um jüngere Menschen zu erreichen. Das wird der interessanteste Transformationsprozess der Zukunft, nämlich die Erreichbarkeit über die Bevölkerungsdekaden so zu verbessern, dass Nonlinearität dort, wo sie inzwischen so etwas wie State of the Art von Mediennutzung ist, auch durch uns stärker attraktiv bedient wird.

Der NDR ist ein starker norddeutscher Sender, aber er hat auch zentrale Funktionen in der ARD, im Ersten Deutschen Fernsehen. Wir liefern vieles Erfolgreiche zu. Tom Buhrow hat den *Tatort* erwähnt, politische Formate, Unterhaltung, Fiktion, Live-Sport aus dem Norden und nicht zuletzt

mit ARD aktuell die *tagesschau* und die *tages-themen*. Die mit Abstand stärkste Nachrichtenmarke Deutschlands ist die *tagesschau*, und allein mit der 20-Uhr-Ausgabe erreichen wir im Durchschnitt jeden Tag 10 Millionen Menschen aus allen Altersgruppen, und dieses wachsend mit zusätzlichen Millionen Abfragen über digitale Ausspielwege. Wir wollen und müssen bei Letzterem besser werden.

Wir müssen ein Angebot für alle Generationen machen. Deshalb versuchen wir, auch in der ARD-Mediathek zunehmend neue Serien zu produzieren, die spitz formatiert sind und die genau die Zielgruppe ansprechen, die wir mit unserer Linearität nicht mehr komplett abgebildet bekommen. Darauf haben wir auch mit unserem jungen Angebot *funk* reagiert. Das ist ein Angebot, das sich im Markt stark positioniert hat. Die Startseite unserer Mediathek wird in naher Zukunft - das ist jedenfalls meine Überzeugung - genauso wichtig sein wie die Primetime unserer linearen Fernsehangebote.

Wir müssen umschichten und priorisieren. Wir haben schon darüber gesprochen, dass mein Haus, der Norddeutsche Rundfunk, unter einem besonderen Priorisierungsdruck steht. In Wahrheit führen wir die auftragsinterpretatorische Debatte, um die es in den Diskussionen hier ging, schon seit Anfang dieses Jahres intern in unserem Haus. Wir werden in der Beitragsperiode 2021 bis 2024 300 Millionen Euro kürzen müssen, und ich weise darauf hin, dass wir dabei schon mit einem Beitrag von 18,36 Euro rechnen. Das hat - wir haben es diskutiert - teilweise KEF-interne Gründe, die Herr Dr. Fischer-Heidlberger auch angesprochen hat, nämlich die einmalige Konzernbetrachtung. Das hat aber auch eine Vielzahl anderer Gründe.

Wichtig für mich ist, dass wir in diesem Priorisierungsprozess klar auf Information und Regionalität setzen. Wir haben uns dafür entschieden - Thomas Bellut hat es erwähnt -, weniger Sportrechte zu erwerben, Unterhaltungsprogramme zu kürzen und Investitionen zu streichen. Wir werden Immobilien verkaufen, wir werden unsere Standards in der Produktion reduzieren, und wir werden nicht zuletzt in den nächsten Jahren bis Ende 2024 mindestens 200 Stellen einsparen, und in den darauffolgenden Jahren noch einmal - so der Plan - ungefähr die gleiche Summe. Es ist schon heute das größte Kürzungspaket in der Geschichte des Norddeutschen Rundfunks.

Die KEF empfiehlt Ihnen, den Rundfunkbeitrag um 86 Cent zu erhöhen. Würde es bei 17,50 Euro bleiben, würde das für den Norddeutschen Rundfunk laut aktueller Prognose bedeuten, dass Beitragserträge in Höhe von 35 Millionen Euro pro Jahr fehlen würden. Das würde bedeuten, dass wir mutmaßlich über die 300 Millionen Euro hinaus kürzen und einschneiden werden müssen. Wir haben hier in Niedersachsen auch schon Verzicht üben müssen. Wir haben auf vieles, das die Menschen liebgewonnen hatten, verzichten müssen. Aber bisher ist es uns gelungen, die Information und die Regionalität weitgehend aus den Kürzungsvorhaben auszunehmen. Das sind Bereiche, die ich schützen möchte, für die ich als Intendant dieses Hauses stehe und an denen wir unverändert festhalten wollen. Mit einer zusätzlichen finanziellen Belastung befürchte ich, dass wir das nicht im bisherigen Maße werden halten können.

Mir ist klar, dass wir uns verändern müssen. Das tun wir schon. Wir wollen weiterhin unserem Auftrag und unserem regionalen Anspruch, unserer Glaubwürdigkeit und dem in uns gesetzten Vertrauen gerecht werden und werben um eine sach- und bedarfsgerechte Finanzierung dafür.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Wir haben häufiger Gelegenheit zum Austausch, und ein Thema - ich befürchte, Sie ahnen welches - möchte ich auch in dieser Runde einmal ansprechen.

Sie haben gesagt, der NDR ist eine Vierländeranstalt und damit eine Art ARD in der ARD. In der Folge ist Niedersachsen das größte Bundesland ohne eigene Rundfunkanstalt. Das hat - jedenfalls nach meiner Wahrnehmung - dazu geführt, dass die Regionalität, wie sie der WDR für Nordrhein-Westfalen oder der Bayerische Rundfunk für Bayern darstellen kann, in Niedersachsen ein wenig verloren geht und Niedersachsen in Gänze betrachtet wird. Das gelingt in Teilen mit Sendungen wie *Hallo Niedersachsen* gut, aber die einzelnen Regionen Niedersachsens haben nach meiner Wahrnehmung immer noch zusätzlichen Bedarf. Aber da sind wir wieder an dem Punkt, an einer Stelle, die sehr teuer ist, mehr Geld ausgeben zu wollen.

Gleichwohl möchte ich diesen Punkt ansprechen und mit einer Frage verbinden: Gerade bei einer Umstellung auf besondere digitale Angebote ist aus meiner Sicht eine gute Chance geboten, die Regionalität der einzelnen Bereiche Niedersachsens deutlich mehr in den Vordergrund treten zu

lassen als das bislang der Fall ist. Würde eine solche Überlegung auch im NDR bei der Umstellung auf digitale Angebote angestellt?

Joachim Knuth: Das ist ein Transformationsprozess, der auch stark mit der Frage zu tun hat, wie man es schafft, das eine, das Neue, zu tun, ohne das andere, also linear stark zu bleiben, zu lassen. Ich will Ihnen eine Zahl sagen, die Sie, glaube ich, aus unserer jüngsten Beratung kennen.

Wir sind mit unserem Angebot ndr.de so erfolgreich wie noch nie. Wir haben in den vergangenen Monaten erstmals in der Geschichte der ARD mit unserem Onlineangebot, das in hohem Maße aus Audio und Bewegtbild besteht, die Nutzungsführung in der ARD übernommen. Das haben wir dadurch erreicht, dass wir in der Betrachtung unserer vier Länder konsequent auf Regionalisierung gesetzt haben - also nicht auf den Überbau, sondern tatsächlich auf die Untergliederung nach unseren vier Ländern. Das ist ein ermutigendes Signal für das, was Sie angesprochen haben.

Ich glaube, dass wir in Bereichen, in denen es um neue Ausspielwege, um Nonlinearität, um Online, um alles geht, was jenseits von klassischem Radio und Fernsehen geschieht, mit einer strikten Regionalisierungsphilosophie erfolgreicher sein werden als der Überbau. Deshalb bin ich eher ein Verfechter einer starken Untergliederung unserer Angebote in die vier Länder, und wenn wir das peu à peu umbauen - wir haben in Niedersachsen auch Sonderanstrengungen, was unsere Onlineangebote angeht -, dann, glaube ich, ist das auch mit dem Blick auf die Beitragslegitimation - Stichwort „jüngere Zielgruppen“ - aber auch auf die inhaltliche Erreichbarkeit aller ein vernünftiger Weg.

Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 1

Anwesend:

- **Harald Gehrung**, *Vorstandsmitglied APR*

Harald Gehrung: Eine Beitragsanpassung bedeutet natürlich auch eine Beitragsanpassung für unsere Landesmedienanstalt. Deswegen wird die APR das zurückhaltend bewerten. Die schriftliche Stellungnahme von unserem Geschäftsführer Prof. Dr. Stephan Ory haben Sie erhalten. Deren Inhalte werde ich jetzt nicht wiederholen.

Die APR vertritt bundesweit 290 private Fernseh- und TV-Anstalten. Hier in Niedersachsen vertritt die APR Radio 90vier, teutoRADIO und Radio ffn. Radio ffn - dort bin ich Geschäftsführer - ist Deutschlands drittgrößter Privatsender. Wir erreichen im weitesten Hörerkreis ca. 5 Millionen Menschen.

Ich will einmal kurz schildern, was Corona mit uns als Privatfunk in den Monaten des Lockdowns gemacht hat. Zwischen April und Mai haben wir ca. 40 % unserer Umsätze verloren. Ich habe 30 % der Belegschaft in Kurzarbeit schicken müssen. Das ist bei 130 Beschäftigten eine ganze Menge. Wir sind mit unserer Beteiligung in Bremen immer noch in Kurzarbeit und sind jetzt auch dabei, uns von Mitarbeitern zu trennen. Das ist privates Sparen. Auch öffentlich-rechtliches Sparen begrüßen wir.

Ich möchte ganz deutlich sagen, dass der NDR das sehr vorbildlich macht. Der NDR hat sich von vielen Dingen, die aus unserer Sicht im privaten Bereich besser aufgehoben sind, getrennt. Dazu zählen das Sportsponsoring und große kommerzielle Musikveranstaltungen. Es gibt aber auch Landesrundfunkanstalten, die das nicht so gut machen wie der NDR und ihrem Sparauftrag nicht so gut nachkommen. Da sehen wir u. a. mit Radio Bremen eine Anstalt, die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine, wie wir meinen, für den Grundauftrag wichtige Hörfunkstation, nämlich das Programm Cosmo, auf eine, ich nenne es einmal, Glühbirnenfrequenz umgeschaltet hat, und dafür das Jugendprogramm Bremen NEXT, bei dem den ganzen Tag nur Capital Bra, Rap und Hip-Hop laufen, mit Moderationen, die so sind, das unsere Landesaufsichtsbehörde, die LMN, wahrscheinlich Schnappatmung bekommt und Sauerstoff braucht, auf deren Frequenz sendet. So ein Programm mit einem 50kW-Sender über halb Niedersachsen auszustrahlen und damit natürlich in eine werberelevante Zielgruppe hineinzugehen, die für uns im Moment sehr wichtig ist, halten wir für schwierig.

Das sind Punkte, vor deren Hintergrund wir sagen: Wenn sich Dinge verändern sollen, dann denken wir - muss die Rundfunkbeitragsanpassung in erster Linie dazu genutzt werden, die Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu verändern. Ich würde das als Investition in die Zukunft sehen. Die Zukunft wird so aussehen, dass öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk - insbesondere im Hörfunk, für den ich hier stehe - mehr zusammenarbeiten müssen. Wir müssen

sehen, was die sogenannten GAFAs in der Bundesrepublik anstellen. Google hat unsere Verleger umgarnt und ist hier in einer Art und Weise präsent, die uns nur marginal gefallen kann. Spotify ist z. B. unser Hauptwettbewerber und hat angekündigt, lineares Radio nachbilden zu wollen, und zwar in einer Art und Weise, die sicherlich - insbesondere, wenn sie auf die Idee kommen würden, unsere Personalities rauszukaufen - für uns nicht ganz ohne wäre.

Was wir möchten, ist, dass Sie als öffentlich-rechtlicher Rundfunk Spotify nicht kostenlos Content zur Verfügung stellen. Es gibt da einige Dinge - z. B. beim Bayerischen Rundfunk -, die wir mit Sorge sehen; denn das sind für uns Geschäftsmodelle. Wir haben überhaupt kein Problem damit, wenn Sie Inhalte sehr teuer an Spotify verkaufen, aber ihnen etwas kostenlos zu geben, finden wir nicht gut. Wir würden uns also wünschen, dass alles, was eingenommen wird, vor allem natürlich in das Programm und den Content von ARD, ZDF und Deutschlandradio gesteckt wird, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk gerade in diesen Zeiten, in denen Populisten Dinge tun, die wir für die Demokratie nicht gut finden, stark und gut sein muss. Journalistische Qualität muss langfristig gesichert werden. Darum bitten Sie, und das ist auch von unserer Seite aus unstrittig.

Vielleicht noch ein Satz zum Thema Werbung: ffn wird durch die ARD vermarktet, insofern bin ich der Letzte, der sagt, wir müssten über ein Werbeverbot sprechen. Auch in diesem Bereich ist der NDR - das muss ich sagen - vorbildlich. Das NDR-Modell ist ein Modell, mit dem wir hier in Niedersachsen eine gute und ausgeprägte private Hörfunklandschaft haben und sehr gut leben können.

Ich sage nicht, dass ich das z. B. bezogen auf den WDR genauso sehe. Leider Gottes ist der Privatfunk in Nordrhein-Westfalen noch nicht so weit, wie er sein sollte. Wir würden es begrüßen, wenn der Privatfunk in Nordrhein-Westfalen - daran arbeitet man - ein bisschen stärker ausgeweitet werden würde. Solange das nicht der Fall ist, sind die beiden WDR-Wellen 1LIVE und WDR 2 sehr wichtige Wellen für die werbetreibende Wirtschaft. Diese mit einem Werbeverbot zu versehen - das ist meine Sicht und nicht die Sicht des Verbandes -, würde dazu führen, dass sich die Werbewirtschaft aus diesem wichtigen Bundesland, das zweimal so groß ist wie Belgien, eher zurückziehen und der Gattung Radio geschadet würde.

Deswegen sind wir in diesem Bereich für einen Status quo. Bezüglich der öffentlich-rechtlichen Fernsehwerbung kann man darüber diskutieren, inwieweit sie noch langfristig notwendig ist.

Mein Fazit zum Abschluss: Ja, eine Beitragsanpassung kann man machen, aber sie sollte als Investition benannt werden. Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist uns wichtig, und wir sollten aufpassen, dass wir - öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk - nicht gegeneinander, sondern in vielen Dingen miteinander arbeiten, um das, was mit der Digitalisierung kommen wird, einigermaßen gut entwickeln zu können.

Abg. **Dr. Stefan Birkner** (FDP): Ich möchte an das Anknüpfen, was der Kollege Knuth auf die Frage des Kollegen Nacke ausgeführt hat. Dabei ging es um Regionalisierung. Mich interessiert, welche Auswirkung eine stärkere Regionalisierung auf die Radiolandschaft in Niedersachsen, wo wir starke private Sender haben, hätte. Welche Folgen hätte es für die privaten Sender, wenn dort eine zunehmende Regionalisierung stattfinden würde?

Harald Gehring: Das muss man differenziert bewerten. Es hätte für die lokalen Sender und die Sender, die sich in erster Linie über lokale Werbung finanzieren - was in Niedersachsen seit 2011 möglich ist - sicherlich starke Auswirkungen. Es ist ganz klar, dass wir nicht diese Manpower haben und entsprechend auch nicht die Qualität liefern können, wie es der NDR tut. Für uns als landesweiter Sender ist es etwas anders. Wir verfolgen unterschiedliche Strategien. Wir haben eine übersichtliche Regionalisierung in fünf Regionen, die einigermaßen mit den ehemaligen Regierungsbezirken des Landes Niedersachsen vergleichbar sind.

Im Übrigen haben wir seit 2011 kommerziellen Lokalfunk, der sich mittlerweile sehr stark im Markt in Niedersachsen behauptet und auch - anders als ursprünglich gedacht - mittlerweile nicht mehr in Form von einzelnen Sendern auftritt, sondern durch Zuweisung mehrerer Frequenzen auch flächenmäßig größer wird. Sie können nun einmal, wenn Sie in der Nähe des Harzes einen großen Sendemast haben, ziemlich weit senden. Das ist dann weit weg von Lokalfunk.

Eine Vertiefung, also dass NDR 2 plötzlich anfangen würden, lokale Berichterstattung zu machen, würden wir sehr kritisch sehen, weil wir wissen, dass das eine sehr scharfe Konkurrenz wäre.

Entscheidend bei einer solchen Berichterstattung wäre, dass keine regionale oder lokale Werbung zulässig sein dürfte.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Ich möchte an dieser Stelle ergänzen, dass ich die Regionalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Hörfunk für ausreichend halte. Mir ging es um den Bereich Fernsehen.

Ich habe eine Nachfrage. Sie sagten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk - Sie nannten beispielhaft den Bayerischen Rundfunk - Spotify kostenfrei Content zur Verfügung stellt. Welche Art von Content ist das?

Harald Gehring: Aus meiner Sicht ist das Comedy, sofern dieser Vertrag noch existiert. Ich habe ihn nicht vorliegen. Es sind Comedy-Elemente, und in Comedy investieren wir alle sehr viel Mühe und Talent. Man kann nicht einfach auf eine Bühne gehen und Comedy machen. Dazu braucht man gute Leute, und wir alle versuchen, sie zunächst für unsere Marke zu nutzen. So etwas rauszugeben, ist schwierig. Ob das im Moment noch gemacht wird, weiß ich nicht. Es war auf jeden Fall vor ca. sechs, sieben Monaten so.

Verband Privater Medien e. V. (VAUNET)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 2

Anwesend:

- **Kai Fischer**, Vorstandmitglied VAUNET

Kai Fischer: Ich bedanke mich im Namen von VAUNET für die Möglichkeit, zum Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag angehört zu werden. Gern hätte die neugewählte Vorsitzende von VAUNET, Annette Kümmel, hier zu Ihnen gesprochen, aber leider sitzt sie zeitgleich in einem Panel der Münchener Medientage, und nicht zuletzt deshalb, weil der Weg von Antenne Niedersachsen - dort bin ich Vorsitzender der Geschäftsführung - zu Ihnen sehr überschaubar ist, darf ich heute hier vortragen. Unsere schriftliche Stellungnahme ist Ihnen zugegangen.

Lassen Sie mich auf einige wenige Punkte eingehen. Ich nehme gleich eine Antwort auf die Frage, die Herr Dr. Birkner an Herrn Gehring bezüglich der Regionalisierung gestellt hat, vorweg. Das

Landesmediengesetz in Niedersachsen, das von den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages geschaffen worden ist, sieht eine klare Struktur des Hörfunks vor. Wir haben hier neben nicht kommerziellem Lokalfunk kommerzielle Lokalfunkstationen und drei landesweite Sender. Und wenn der NDR seine Berichterstattung im Hörfunk - wir reden nicht über Fernsehen - entsprechend regionalisieren und gegebenenfalls die Angebote darunter noch anders strukturieren würde, hätte das unmittelbare Auswirkungen auf das, was der Gesetzgeber medienrechtlich für die Landschaft in Niedersachsen wollte.

Ich hätte mich mit Ihnen heute lieber über die dringend notwendige Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die dieser Reform vorangehende Konkretisierung des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unterhalten. Darauf, dass die Notwendigkeit der Konkretisierung des Auftrages besteht, hat auch Herr Buhrow hingewiesen. Nur leider können sich die Bundesländer bisher nicht einigen und haben diesen Punkt zunächst einmal bis 2022 vertagt. Vielleicht lässt sich dieser Themenkomplex nach den in den nächsten 18 Monaten anstehenden Landtagswahlen leichter diskutieren. Wir dürfen hoffen.

Die KEF hat tiefgreifende Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angemahnt. Darauf hat Herr Dr. Fischer-Heidberger hingewiesen. Eine Forderung, der sich die im VAUNET organisierten 140 privaten Medienunternehmen vollumfänglich anschließen. Ihr Ausschuss erörtert heute leider nur die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der anstehenden Beitragsperiode. Bei allem Engagement der hier Vortragenden darf nicht vergessen werden, dass die KEF bei der Vorlage ihres 22. Berichts im Februar dieses Jahres erklärt hat, dass in der vergangenen und in der aktuellen Beitragsperiode keine Unterfinanzierung der Rundfunkanstalten vorgelegen habe. Aufgrund der seit 2014 gebildeten Rücklagen konnten die Rundfunkanstalten umfassend finanziert werden.

Mit großer Sorge nehmen wir daher wahr, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten das in Aussicht stehende Beitragsmehraufkommen z. B. in zusätzliche Sportrechte statt in Kultur- und Bildungsinhalte investieren. So haben bei der jüngsten Neuvergabe der Medienrechte der Deutschen Fußballliga die Rundfunkanstalten neben den von ihnen bereits gehaltenen Rechtspaketen weitere Pakete an der ersten und zweiten Fußballbundesliga erworben. Darunter sind übr-

gens auch Rechte, die derzeit noch die private Seite innehat.

Im Sinne eines ausbalancierten dualen Mediensystems bedarf es nicht nur einer tiefgreifenden Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Blick auf die Auftrags Schwerpunkte Information, Kultur und Bildung. Im Sinne eines ausbalancierten dualen Mediensystems muss diesem Auftrag auf die Finanzierung folgen. Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen TV-Angebot sollte vollständig unzulässig sein. Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Hörfunk-Angebot sollten entsprechend des NDR-Modells auf 60 Minuten täglich und ein werbeführendes Programm pro Anstalt beschränkt werden.

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch einen Appell. Sollten Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen des Niedersächsischen Landtages den zur Abstimmung stehenden Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag ratifizieren wollen, sollten Sie damit einhergehend eine auftragskonforme Beitragsverwendung sowie weitere Sparbemühungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einfordern. Wir bitten Sie gleichzeitig, die niedersächsische Landesregierung aufzufordern, die Lösung der zuvor genannten Kritikpunkte, insbesondere die fehlende Auftragsdefinition, anzugehen und bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht weiter unnötig Zeit verstreichen zu lassen.

Tagesordnungspunkt 2:

Personalvertretungsrechte ernst nehmen - für mehr Rechte freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7552](#)

*erste Beratung: 86. Plenarsitzung am 07.10.2020
federführend: AfRuV
mitberatend: UAMedien*

Mitberatung

Abg. **Dr. Alexander Saipa** (SPD) sagte, seiner Erinnerung nach sei in der Plenardebatte zu diesem Antrag wenig Kontroverse zu vernehmen gewesen. Die Koalitionsfraktionen wollten mit ihrem Antrag im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihren Wunsch deutlich machen, dass die dort tätigen festen Freien in allen Bereichen - auch im Bereich des NDR - eine Personalvertretung erhalten könnten. Angesichts dessen, dass derzeit auch der Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in der Umsetzung sei, plädierte er dafür, heute über den Antrag zu beschließen.

Der **Unterausschuss** zeigte sich damit einverstanden.

Beschluss

Der **Unterausschuss** votierte gegenüber dem federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -
